

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei G. H. Mici & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in L. eserik bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. F. Haube & Co.,  
Hafenstraße 10, Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidendank“.

Nr. 362.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 27. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

**Berlin, 26. Mai.** Der König hat geruht: den Gerichts-Assessor Dr. jur. Freiherrn Sprecher von Bernegg in Rassel zum Amtsrichter zu ernennen; sowie in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Ehrenfeld getroffenen Wahl den bisherigen Bürgermeister der Stadt Steele, Hugo Jesse, als Bürgermeister der Stadt Ehrenfeld für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren zu bestätigen; ferner dem Baingenieur und Professor Dolesale an der technischen Hochschule in Hannover den Charakter als Baurath, dem praktischen Arzt Dr. Dr. med. Paul Goetz zu Slawentz im Kreise Rosel den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Wild- und Geflügelhändler Johann Kneip zu Koblenz das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten zu verleihen. Dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Ministerial-Direktor Rötger ist die kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte der erledigten Stelle des Präsidenten der Seehandlung übertragen worden.

Der bisher als technischer Hilfsarbeiter bei der königlichen Regierung zu Köslin angestellte Bauinspektor Emil Nomm ist als königlicher Kreis-Bauinspektor nach Landeshut i. Schles. versetzt worden.

Der ehemalige königlich bairische Rechtskandidat Heinrich Hammel aus Grünstadt ist zum Notar im Landgerichtsbezirk Kolmar, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sundhausen, und der ehemalige Notar und Rechtskandidat Felix Leopold Magnus Karl Bösch zu Mäursmünster zum Notar im Landgerichtsbezirk Zabern, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Mäursmünster ernannt.

## Vom Landtage.

### 73. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 26. Mai, 11 Uhr.** Am Ministertische Graf zu Eulenburg mit mehreren Kommissarien.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung, wird fortgesetzt mit dem letzten Titel: Polizeiverordnungsrecht. Die §§ 80-85, die von dem Verordnungsrecht der Minister, der Ober- und Regierungspräsidenten handeln, werden angenommen.

§ 86 lautet: „Der Landrath ist befugt, unter Zustimmung des Kreisausschusses, nach Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 beziehungsweise der Verordnung vom 20. September 1867 und des lauenburgischen Gesetzes vom 7. Januar 1870 für mehrere Ortspolizeibezirke oder für den ganzen Umfang des Kreises gültige Polizeivorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zum Betrage von dreißig Mark anzudrohen.“

Abg. Lauenstein beantragt 1. im § 86 statt der Worte „für mehrere Ortspolizeibezirke“ zu setzen: „für mehrere Amtsbezirke“ und 2. dem § 86 folgendes Alinea hinzuzufügen: „Die gleiche Befugnis steht in Städten für deren Bezirk der Ortspolizeibehörde mit Zustimmung der Stadtgemeinde zu. Versagt die Stadtgemeinde die Zustimmung, so kann solche auf Antrag der Ortspolizeibehörde durch den Bezirksausschuß ergänzt werden.“

Abg. Leonhard beantragt im Lauenstein'schen Antrage statt der geperzten Worte zu setzen: „des Magistrats (Gemeindevorstandes) und der Gemeindevertretung zu. Versagt eine dieser Behörden die Zustimmung.“

Abg. Lauenstein: Der § 86 will die Befugnisse des Landraths bezüglich des Polizeiverordnungsrechts über den Inhalt der Kreisordnung hinaus erheblich erweitern und zwar zum Nachtheil der Städte. Das Recht, für einzelne Theile des Kreises Polizeiverordnungen zu erlassen, ist in der Kreisordnung darauf beschränkt, daß dieselben nur für mehrere Amtsbezirke zusammen erlassen werden können, also nicht für einen Amtsbezirk und eine Stadt zusammen. Man wolle in der Kreisordnung die Selbstständigkeit der Städte bezüglich des Polizeiverordnungsrechts schützen. In jedem Stadtbezirk steht der Ortspolizeibehörde nach Anhörung der Stadtgemeinde das Recht zu, Polizeiverordnungen zu erlassen, dieses lokale Verordnungsrecht würde nun dadurch beschränkt werden, daß man dem Landrathe das Recht giebt für mehrere „Ortspolizeibezirke“, also auch für mehrere Stadtbezirke Polizeiverordnungen zu erlassen. Es scheint auch hier nur der Gesichtspunkt der Uniformität obgewaltet zu haben, und dieser ist, wie schon früher erwähnt worden ist, unzutreffend, weil die Verhältnisse von Stadt und Land zu verschiedenartig sind. Bei Beratung der großen Reformgesetze hat man das Recht der Polizeiverordnungen als ein Gesetzgebungsrecht niedriger Gattung aufgefaßt und die Zustimmung der Gemeindevertretung für notwendig gehalten. Mein Antrag hat auch der Kommission vorgelegen und ist nur mit Stimmengleichheit abgelehnt worden; der Herr Minister führte gegen denselben nur das formelle Bedenken an, daß die Frage des Polizeiverordnungsrechts in den Städten nicht in den Rahmen dieses Gesetzes gehöre, ein Standpunkt, der doch sehr anfechtbar ist.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Anträge des Abg. Lauenstein behandeln zwei ganz verschiedene Gegenstände. Der erste will im § 86 statt „für mehrere Ortspolizeibezirke“ setzen „für mehrere Amtsbezirke“. In dieser Fassung wird der Antrag nicht stehen bleiben können, denn er würde ja eine Lücke lassen für die Provinzen, in denen die Kreisordnung nicht gilt, in denen also auch keine Amtsbezirke bestehen. Gemeint hat der Abg. Lauenstein wahrscheinlich, daß der Landrath nur befugt sein soll, für mehrere ländliche Ortspolizeibezirke Verfügungen zu erlassen. Die im § 86 enthaltene Modifikation der Kreisordnung wird doch sehr überschätzt; es hat nicht die Absicht vorgelegen, Rechte der Städte zu beschränken, sondern es handelt sich um eine Frage der Zweckmäßigkeit, welcher der Gedanke zu Grunde liegt, daß die Instanz, welche für den ganzen Kreis Verfügungen erlassen kann, auch befugt sein soll, dies für einzelne Theile desselben zu thun, wozu denn auch eine kleine Stadt gehören kann. Das scheint mir doch sehr unbedenklich. Schonerer wiegt der zweite Antrag, daß in Städten nicht die Ortspolizeibehörde allein, sondern nur mit Zustimmung der Stadtgemeinde Polizeiverordnungen erlassen soll. Vergewaltigen Sie sich, daß der § 86, zu dem der Antrag gestellt ist, vom Polizeiverordnungsrecht des Landraths und nicht der Ortspolizeibehörde handelt. Die Strafbefugnisse des Landraths zur Durchsetzung seiner Verordnungen sind auch viel weitergehend als die der Ortspolizeibehörde, es kann doch wohl selbst nicht in der Absicht des Abgeordneten Lauenstein liegen, die ausgedehnteren Befugnisse des Landraths auch den kleinsten Städten zu geben. Es ergeben sich hier-

bei Fragen, die wirklich nur bei der Städteordnung erörtert werden können. Das Polizeiverordnungsrecht ist hauptsächlich dazu bestimmt, augenblicklichen Bedürfnissen abzuweichen, die schnelle Erledigung erheischen; solche Maßnahmen der Exekutive müssen frei von Nebenbetrachtungen sein und dürfen daher nicht an die Zustimmung einer Stadtverordnetenversammlung gebunden werden. Die Stadtgemeinde anzuhören, ist eine billige Forderung, ihr einen Widerspruch einzuräumen, geht zu weit. Die Stadtverordneten würden oft Bedenken sehr privater Natur gegen die beabsichtigte Verfügung geltend machen, es ist aber doch wünschenswerth, das öffentliche Interesse gegen das private zu schützen.

Abg. Lauenstein erklärt, daß er, um die formellen Bedenken des Ministers zu beseitigen, statt „für mehrere Amtsbezirke“ in seinem Antrage die Worte „für mehrere ländliche Ortspolizeibezirke“ setzen wolle.

Abg. Sahn stimmt den Ausführungen des Ministers bei und führt ein Beispiel aus seinem Wahlkreise an, daß ein Gutsbesitzer die Dungsstoffe aus einer Stadt, die er gepachtet hatte, deshalb gar nicht abfahren konnte, weil die polizeilich festgesetzten Stunden für die Abfuhr der Dungsstoffe in dem Stadtbezirke andere waren, als in seinem Landbezirke. Hieraus erhellte die Nothwendigkeit einer Behörde, deren Verfügungsrecht sich auf beide Bezirke erstreckte. Der zweite Theil des Gesetzes, der den Ortspolizeibezirk nicht zum vorliegenden Gesetz, und er lege Namens seiner Freunde Verwahrung gegen das Verfahren ein, bei Beratung einzelner Gesetze Materialien aus ganz anderen Gebieten herbeizuziehen, und dadurch einen Druck auszuüben, um Sachen durchzusetzen, die sonst nicht durchzusetzen wären.

Abg. Leonhard: Dem Einwand, daß diese Bestimmung nicht in den Rahmen des zur Beratung stehenden Gesetzes passe, begegne ich mit dem Hinweis auf den 6. Titel dieses Gesetzes, welcher lautet: Polizeiverordnungsrecht. Wenn irgend wo, so ist an dieser Stelle des Gesetzes der Ort einer derartigen Bestimmung zu treffen. Der Mißstand, welchen der Vorredner angeführt, ist lediglich durch die mangelnde Einsicht der beiden betreffenden Polizeiverwaltungen herbeigeführt. Ich halte den Ausdruck „Stadtgemeinde“ für zu unbestimmt und habe deshalb für zweckmäßig gehalten, durch meinen Antrag die Behörde genauer zu bezeichnen.

Abg. Febr. v. Jedliß-Neukirch hält die Anträge Lauenstein und Leonhard für inkompetent. Es werde keine Gleichheit zwischen Stadt und Land durch dieselben herbeigeführt, vielmehr seien dieselben durchdrückt von dem Gedanken der privilegierten Stellung der Städte gegenüber dem Lande.

Abg. v. Ludwig wendet sich gegen die Anträge Lauenstein und Leonhard und befragt, daß ihre Beratung bereits volle zwei Stunden Zeit gekostet.

Abg. Zelle: Die Klage des Abg. Ludwig, daß die Beratung dieser Anträge schon zwei Stunden in Anspruch nehme, wird im Lande nicht verstanden werden, namentlich nicht von den Städtebewohnern, die ein lebhaftes Interesse haben, daß diese Bestimmungen Gesetz werden. Der formale Einwand, daß die Beratung dieser Frage nicht hierher gehöre, ist unberechtigt, denn wo von ländlichen Polizeiverordnungen die Rede ist, dürfen wohl auch städtische in Frage kommen. Daß die Regierung im Jahre 1876 nicht so weit ging, den Stadtverordneten-Versammlungen das Zustimmungswort zu Polizeiverordnungen zu geben, ist richtig; aber es liegt ein Votum der Kommission des Hauses vor, wonach es ihnen zu geben ist. Es hätte keine Gefahr, dieses Zustimmungswort den Stadtverordneten-Versammlungen zu gewähren; sie nur anzuhören, ohne nachher ihrer Ansicht Folge zu leisten, das ist gefährlich.

Minister Graf zu Eulenburg: Der Vorredner behauptet, mein Einwand, daß der Antrag Lauenstein nicht so bleiben könnte, sei unbegründet da in § 86 gar nicht enthalten sei, daß der Landrath Strafen androhen könne. Ich verweise auf Wortlaut des § 86, daß der Landrath Geldstrafen bis zu 30 Mk. androhen befugt ist. Abg. Zelle will, daß bei dieser Gelegenheit die Zustimmung der städtischen Behörden zu Polizeiverordnungen erreicht werde, und dazu müssen gute und nicht gute Gründe herhalten und er geht so weit, die Städte für Organismen höherer Ordnung als die Landgemeinden zu erklären. Wir haben eine große Zahl von Landgemeinden, welche nach Umfang, Steuerkraft, nach ihren gewerblichem und wirtschaftlichen Leben und auch nach der intellektuellen Begabung der Majorität ihrer Bewohner einer großen Anzahl von Städten weit voraus sind. Man darf nicht übersehen, daß sehr oft die ernstesten Differenzen zwischen Magistrat und Stadtverordneten entstehen, und das bietet doch oft eine große Hemmung für die Polizeiverwaltung, besonders wenn es sich um eine Anordnung auf dem Gebiet der Wohlfahrtspolizei handelt. Ein wichtiges Element, welches die Zustimmung nicht vertritt, liegt auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei. Solche Polizeiverordnungen können Sie doch nicht davon abhängig machen, ob sie vielleicht einem kleinen Bäckermeister oder einem anderen Bürger in seinem Kram passen oder nicht. Das geht zu weit, darin liegt eine Ueberhöhung der Macht der kleinsten Interessen in kleinen Gemeindeflecken. Ueberlassen Sie die Regelung dieser Frage dem geeigneten Ort, der Städteordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es ist eine sehr feine Taktik des Herrn Ministers, aus allerhand formellen Bedenken ein gewisses Mißtrauen gegen die Anträge Lauenstein herzuleiten. Das erzeugt Verwirrung und diese giebt vielleicht den Ausschlag gegen den Antrag. Der ganze Schwerpunkt fällt auf den Antrag Lauenstein 2, welcher eine sehr wichtige Frage des Organisationsgesetzes betrifft. Der Minister hat ganz geschickt das Wort des Abg. Zelle von den Städten als Organismen höherer Ordnung aufgegriffen, als ob hier ein höheres Recht für Städte verlangt wird. Hier handelt es sich darum, den Städten das Recht zu geben, welches die Landgemeinden schon haben, das Recht Berlin und anderen Städten zu geben, was Rastow und Rixdorf bereits haben. Nun sagt der Minister: kommt doch bei der Städteordnung damit, bei dem Gesetz über Lokalpolizeiverwaltung! Vorläufig bekommen wir die Städteordnung nicht, das Lokalpolizeigesetz steht auch noch in weiter Ferne. Für die Landgemeinden hat man sofort in der Kreisordnung bestimmt, daß Polizeiverordnungen nur mit Zustimmung des Kreisausschusses in Kraft treten können. Die Städte warten auf dieses Recht schon 8 Jahre. Es ist jetzt, wo das Dach fertig gemacht werden soll, an der Zeit, diesem Mangel abzuweichen. Der Minister hat direkt bestritten, daß man den Städten ein Recht der Zustimmung zu Polizeiverordnungen geben soll. Ich bin erschrocken über solche Ansichten der Selbstverwaltung. Er sagt: wie kann man einem Bäckermeister in der Stadtverordnetenversammlung ein Urtheil über Polizeiverordnungen zutrauen! Ich könnte ebenso sagen: wie kann man einem Schreiber

vom Landrathsamt oder einem pensionirten Lieutenant, der in einer kleinen Stadt Bürgermeister geworden ist, zutrauen, daß er mehr versteht wie der Bäckermeister? Die Frage so zuspitzen, heißt den beschränkten Unterthanenverstand betonen! (Unruhe.) Gerade die wichtigsten Polizeiverordnungen, die der Wohlfahrtspolizei, erheischen zur Durchführung große Ausgaben. Diese zu bewilligen und den Bürgermeister zu wählen, dazu ist der Bäckermeister gut genug; aber wenn der Bürgermeister Polizeiverordnungen, welche tief in die Bau- und Gewerbeverhältnisse eingreifen, beabsichtigt, dann soll der Bäckermeister nicht mitzusprechen haben! Es ist dies nicht bloß eine Frage der liberalen Parteien, sondern des gleichen Rechtes der Städte gegenüber dem kleinsten Dorfe. (Beifall.)

Minister Graf zu Eulenburg erläutert seine Worte dahin, daß er ausgeführt habe, in kleinen Städten machten sich Privatinteressen in überwiegender Weise geltend. (Zuruf rechts: Auch in großen!) Wenn er aus der Zahl der Kleingewerbe ein bestimmtes herausgegriffen habe, so sollte das durchaus nicht verlesen. Im Uebrigen habe er über die Frage, welche hier gar nicht erörtert werden könne, ein definitives Urtheil nicht abgeben wollen.

Abg. Leonhard zieht seinen Unterantrag zurück.

In der Abstimmung wird der Antrag Lauenstein 1 mit 184 gegen 149 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag 2 in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 152 Stimmen und mit diesem § 86 angenommen. Ohne Debatte genehmigt das Haus die §§ 87 und 88.

Es folgt der Titel VII: Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Nach § 95 soll das Gesetz vorbehaltlich der Bestimmungen des § 96 mit dem 1. April 1881 in Kraft treten.

Nach der Vorlage sollte das Gesetz auch sofort in den Provinzen Posen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und in der Rheinprovinz eingeführt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß an Stelle des Provinzialrathes der Oberpräsident, an Stelle des Bezirksrathes der Regierungspräsident und die Regierung, an die Stelle des Kreisausschusses der Landrath treten, so lange bis besondere Gesetze über die Einführung von Kreisausschüssen u. s. w. erlassen sind.

Die Kommission will jedoch das Gesetz erst in Kraft treten lassen, sobald solche Gesetze erlassen sein werden.

Hierzu beantragt 1) Abg. Kalle folgenden Zusatz:

Inwiefern die Bestimmungen der §§ 71 und 72 auf die Städte in den oben genannten Provinzen Anwendung finden, bleibt der Kreisordnung, für diese Provinzen festzusetzen, überlassen.

2) Abg. v. Jedliß dagegen will folgenden Passus hinzufügen:

Inwiefern die Bestimmungen der §§ 71 und 72 auf die selbstständigen Städte in der Provinz Hannover Anwendung finden, bleibt der Kreisordnung für diese Provinz vorbehalten.

Außerdem beantragt Abg. v. Lieberman folgenden neuen § 96a einzufügen: „In jeder Provinz ist noch vor dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes zur Bildung des Provinzialrathes und der Bezirksräthe in Gemäßheit der Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes zu schreiten. Die Wahlen zum Provinzialrathe sind vor den Wahlen zu den Bezirksräthen zu vollziehen.“

Abg. v. Stabilewski (Krottschinn) klagt über den Mangel an Rücksicht gegenüber der polnischen Bevölkerung, bedauert, daß für die Provinz Posen noch immer keine Kreisordnung erlassen sei und fragt den Minister, ob er der polnischen Nation gegenüber die Gefinnung hege, daß man auf den Erlaß einer Kreisordnung durch ihn rechnen könne, oder ob er das Ministerium in Bezug auf Posen cum beneficio inventarii übernommen habe.

Abg. v. Seere man: Die von der Regierung vorgeschlagenen Uebergangsbestimmungen waren unannehmbar, denn sie enthalten das gerade Gegentheil von Selbstverwaltung, welche gewählte Körperschaften voraussetzt. Man sagt, sie hätten ja nur für kurze Zeit Bedeutung. Ich glaube, daß der Minister den guten Willen und Fleiß hat, die Selbstverwaltungsorgane für die westlichen Provinzen vorzubereiten, aber die Annahme derselben liegt doch nicht allein bei ihm, es kommen da noch andere Faktoren in Betracht. Selbst auf die Gefahr hin, den Vortheil der Ausdehnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit für die westlichen Provinzen bis zu diesem Zeitpunkte zu verlieren, will ich bis dahin, um größere Nachtheile zu vermeiden, dort Alles beim Alten lassen. Prinzipiell wollte ich dieses Gesetz jetzt überhaupt nur für die Kreisordnungs-Provinzen bewilligen, ich habe mich aber dem Kompromißvorschlag der Kommission gefügt, obwohl ich erhebliche Bedenken gegen denselben habe. Wir wissen ja noch nicht, ob die demnächstige untere Reorganisation in den westlichen Provinzen zu diesem Oberbau passen wird. Die Stimmung scheint einer freihellen Selbstverwaltung dort nicht günstig zu sein. Sollte sich aber später eine unerträgliche Disharmonie herausstellen, so wird man doch zu einer Aenderung schreiten müssen. Es wird auch erforderlich sein, daß in den westlichen Provinzen die Reorganisation von unten herauf erfolgt.

Abg. Kalle behauptet, daß dieselben Gründe, welche zu Gunsten des Antrages Jedliß über die hannoverschen Städte vorgebracht seien, auch auf diejenigen der übrigen westlichen Provinzen, z. B. die ehemalige Residenzstadt Homburg und die Universitätsstadt Marburg passen. Dieser Erwägung trägt kein Antrag Rechnung.

Abg. v. Jedliß bekämpft den Antrag Kalle und führt zur Motivierung des seinigen an, daß nur die abweichende historische Entwicklung der hannoverschen Städte denselben rechtfertige.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Gründe, welche die Staatsregierung bewegen haben, sich für die sofortige Ausdehnung des Gesetzes auf den ganzen Umfang der Monarchie auszusprechen, habe ich in erster Lesung eingehend erörtert; wir haben dabei das Interesse der Staatseinheit im Auge gehabt, welches die Gleichmäßigkeit der oberen Verwaltungsinstanzen verlangt. Wir sind davon durchdrungen, daß es ohne Fristionen nicht abgeht, wenn die verschiedenen Landestheile verschiedenen organisiert sind; namentlich würden auf dem gesetzgeberischen Gebiete erhebliche Nachtheile eintreten. Der Kommissionsvorschlag enthält wenigstens die Voraussetzung der Einheitlichkeit und macht dieselbe nur von dem Unterbau, der durch spätere Gesetze geschaffen werden soll abhängig. Ich kann keine Bedenken gegen den § 96 daraus herleiten, daß er einen solchen Vorbehalt enthält, und kann Sie nur bitten, sich demselben anzuschließen. Auf die Betrachtungen des ersten Redners will ich nicht weiter eingehen. Er hat aber persönlich an mich einen Appell gerichtet, den ich nicht unbeantwortet lassen kann. Ich stehe den preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität mit demselben Wohlwollen gegenüber wie den andern Angehörigen unseres Staates. Ich bin aber entschlossen, entsprechend der Aufgabe, welche der Staatsregierung obliegt, unberechtigten Anforderungen, welche sich mit der



Einheitlichkeit des Staates nicht vertragen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. (Beifall.)  
In der Abstimmung wird § 95 genehmigt. Der Antrag Kalle zu § 96 wird abgelehnt, dagegen wird der Antrag v. Zedlitz und der des Abg. v. Liebermann angenommen.  
Ohne Debatte wird § 97, welcher die diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen aufhebt, genehmigt.  
Damit ist die zweite Lesung des Organisationsgesetzes beendet.  
Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Kirchenpolitische Vorlage.)

## Politische Uebersicht.

Posen, den 26. Mai.

In der „Provincial-Korresp.“ lesen wir:  
Unser Kaiser erfreut sich eines ungetrübten Wohlbestehens und widmet sich mit der gewohnten Ausdauer den Regierungsgeschäften, in der letzten Zeit besonders den militärischen Beschäftigungen.

Die für Freitag angeordnete erste Berathung der kirchenpolitischen Vorlage wird das Abgeordnetenhaus jedenfalls mehrere Tage in Anspruch nehmen, ob sie aber schon volle Klarheit über die Stellung der Parteien zu der Vorlage verbreiten wird, muß dahingestellt bleiben. Allem Anschein nach treten die meisten Fraktionen mit vollständig fertiger Entscheidung noch nicht in die erste Lesung ein, sondern werden in manchen wichtigen Punkten mit ihrem definitiven Urtheil noch zurückhalten. Von besonderem Interesse muß namentlich die Haltung des Zentrums und der Nationalliberalen bleiben. Für die Haltung des Zentrums wird wohl die Frage entscheidend sein, ob das Gesetz auch ohne oder nur mit Hilfe dieser Fraktion Aussicht auf Annahme hat. Am liebsten wäre der Zentrumsfraktion wohl, das Gesetz käme zu Stande, ohne daß sie selbst dabei mitzuwirken brauchte; man würde dann die Wohlthaten einer etwaigen mildernden Handhabung der Maigesetze genießen, ohne irgend welche prinzipielle Zugeständnisse zu machen oder sich bezüglich der ferneren politischen Haltung in irgend einer Weise zu binden. Ob aber, falls eine Mehrheit für die Vorlage ohne das Zentrum nicht zu gewinnen ist, diese Fraktion die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes übernimmt, müssen wir abwarten. Was die Haltung der Nationalliberalen betrifft, so werden erst heute Fraktionsverhandlungen in dieser Angelegenheit stattfinden. Es kann also vorläufig nur von privaten Meinungsaustauschen und Stimmungen die Rede sein. Soweit wir die Stimmung in nationalliberalen Abgeordnetenkreisen kennen, sind auch diejenigen, die der Vorlage verhältnißmäßig am freundlichsten gegenüberstehen, der Ansicht, dieselbe enthalte doch nur unter den allerwesentlichsten Einschränkungen und Abänderungen einen annehmbaren Kern. Von Vielen wird aber auch dies Minimum bestritten. Zu einer Revision der Maigesetze unter Beibehaltung des Grundcharakters derselben würde die nationalliberale Partei jederzeit die Hand geboten haben; die gegenwärtige Vorlage aber muß formell und materiell die größten und prinzipiellsten Bedenken hervorrufen, und ob es gelingen wird, diese durch Abänderung der Vorlage zu beseitigen, muß dem Gang der Verhandlungen überlassen bleiben; sehr günstig dazu sind die Aussichten augenblicklich nicht. Es wird voraussichtlich im Abgeordnetenhaus nicht an Stimmen fehlen, welche die prinzipielle Gegnerchaft gegen die Vorlage dadurch bekunden wollen, daß sie eine Kommissionsberatung verwerfen. Als wahrscheinlich wird man aber betrachten müssen, daß die Majorität des Hauses durch Verweisung der Vorlage in eine Kommission wenigstens den Versuch machen wird, zu einer Verständigung zu gelangen. Ein weiteres Prognostikon über den Gang dieser Angelegenheit zu entwerfen, ist bei dem augenblicklich noch so ungelärten Stand der Meinungen unter fast allen Parteien unmöglich.

Der in unserer heutigen Morgennummer nach der „N. A. Ztg.“ telegraphisch veröffentlichte Erlass des Reichskanzlers an den kaiserlichen Botschafter in Wien vom 20. v. Mts. muß alle etwa noch zweifelhaften liberalen Elemente zu dem Entschlusse befehlen, der kirchenpolitischen Vorlage gegenüber eine ablehnende Haltung einzunehmen. Dieselbe kann nach dem Inhalte des Erlasses nur zweierlei bezwecken: entweder das Zentrum auf die Seite des Reichskanzlers zu führen, wozu die Hand zu bieten die Liberalen nicht den geringsten Grund besitzen, falls sie nicht selbstmörderische Gedanken haben, — oder aber vor aller Welt die Versöhnlichkeit der preussischen Regierung und die feindselige Hartnäckigkeit des Vatikans zu konstatieren. Letzteren Zweck würde die Regierung erreichen, auch wenn die Volksvertretung die Vorlage ablehnte. Ihr Non possumus würde dann als noch unerschütterlicher wie das des Papstes hingestellt, da die Regierung an den Willen der Volksvertretung gebunden, der Papst dagegen rechtlich absolut frei in seinen Entschlüssen ist.

Die „Kreuztg.“ schreibt über die kirchenpolitische Vorlage, die von uns reproduzierte Mittheilung der „Germania“ bestätigend:

„Es ist richtig, daß der Reichskanzler sowohl, als der Kultusminister mit einer Fristbestimmung einverstanden sind. Der Wunsch nach einer solchen ist in der konservativen Fraktion entschieden hervorgetreten.“

Das Zustandekommen der Botschafterkonferenz in Berlin scheint nunmehr definitiv gesichert. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“ meldet, die österreichisch-ungarische Regierung habe dem Antrage der französischen Regierung bezüglich der zur Erlebigung der griechischen Frage abzuhaltenden Nachkonferenz bereits zugestimmt, nachdem sie sich vorher mit Deutschland in's Einvernehmen gesetzt habe. Die deutsche Regierung habe dem Antrage Frankreichs unter der Voraussetzung beigestimmt, daß alle Mächte zustimmen, an der Zustimmung Rußlands und Italiens werde nicht gezweifelt.

Die Session des österreichischen Abgeordnetenhauses ist bekanntlich geschlossen. Das Herrenhaus dagegen tagt noch weiter, und in diesem hatte am 24. bei der zweiten Lesung des Budgets, und zwar in der Generaldebatte,

die Politik des Koalitionsministeriums abermals einen heftigen Sturm zu erfahren. Im Herrenhause hat die Verfassungspartei die Majorität, und man erwartet für die Spezialdebatte noch heftigere Angriffe gegen die Regierung.

## Vorales und Provinzielles.

Posen, 27. Mai.

r. [Die posener Pastoral-Konferenz], welche gestern in der Aula des königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums stattfand, war zahlreicher denn je besucht, indem im Ganzen 54 evangelische Geistliche aus allen Theilen der Provinz anwesend waren. Das Moderamen bestand aus den Superintenden Warnik aus Obornik (als Vorsitzendem), Fischer aus Grätz, Pfeiffer aus Fraustadt und dem hiesigen Militär-Oberpfarrer Textor. Die Konferenz wurde 9 Uhr Vormittags mit Gesang und Gebet eröffnet, worauf der Vorsitzende, Superintendent Warnik, die Eröffnungs-Ansprache über Römer 12, 11 (Seid nicht träge, was ihr thun sollt; seid brünstig im Geist, schidet euch in die Zeit) hielt. Alsdann begrüßte der Vorsitzende den anwesenden General-Superintendenten D. Gess, welcher seinen Dank für die warme Begrüßung aussprach. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. — Pfarrer Kresse aus Kirchplatz-Borun hielt das Referat über das Thema: „Israels Bedeutung für die Entwicklung des Reiches Gottes.“ Hieran schloß sich unmittelbar das Korreferat des Pfarrers Zarnack aus Heiersdorf über dasselbe Thema. Nachdem alsdann 12 Uhr Mittags eine Pause von einer Stunde eingetreten war, entspann sich eine Debatte über das obige Thema, nach welcher die aufgestellten Thesen en bloc angenommen wurden. — Pfarrer Schild aus Britsch referirte hierauf über die Frage: „Wie muß sich das Leben des Geistlichen nach dem Inhalte der Stelle Römer 12, 2 gestalten?“ Diese Stelle lautet: „Und stellet euch nicht der Welt gleich, sondern verändert euch durch Erneuerung eures Sinns, auf daß ihr prüfen möget, welches da sei der gute, der wohlgefällige und der vollkommene Gotteswille.“ Nachdem sich eine Debatte hieran geknüpft hatte, erreichte die Konferenz mit Gebet und Segen 3 Uhr Nachmittags ihr Ende.

— Die kath. Geistlichen und die Schulinspektion. An verschiedene kath. Geistliche ist jetzt vor Kurzem auch im hiesigen Regierungsbezirk von der königl. Regierung durch Vermittelung der betreffenden Landrathsämter die Anfrage gerichtet worden, ob sie geneigt seien, die ihnen früher entogene Schulinspektion unter der Bedingung wieder zu übernehmen, daß sie sich streng nach den seit dem Jahre 1872 in Bezug auf die Elementarschulen der Provinz Posen erlassenen Verordnungen richten und die Verpflichtung dazu in einer an die königl. Regierung einzuliefernden schriftlichen Erklärung ausdrücklich übernehmen. Die gedachten Verordnungen betreffen vorzugsweise die Einführung der deutschen Sprache in den Volksschulen und sind deshalb den Nationalpolen im hohen Grade verhaßt. Mehrere Geistliche haben daher, wie man erfährt, die ihnen angebotene Schulinspektion mit dem Vermerken abgelehnt, daß ihr Gewissen ihnen die Mitwirkung bei der Ausführung der betreffenden Verordnungen nicht gestatte.

— Reichsbank-Konto. Die preussische Finanzverwaltung hat bei der Reichsbank ein Konto eröffnet, welches steuerpflichtigen Gelegenheiten bietet, Beträge von 10,000 Mark und darüber in jeder beliebigen Summe bei den Reichsbankhauptstellen und Reichsbankfilialen für Rechnung der königlichen General-Staatskasse einzusahlen. Die über derartige Einzahlungen von den Reichsbankstellen zu ertheilenden Quittungen haben die Hebestellen, in deren Bezirk steuerpflichtige Betriebsanstalten der Einzahler liegen, als baar in Anrechnung zu nehmen. Dieselben können jedoch auch bei den, den Hebestellen vorgesezten Hauptämtern oder bei den betr. Regierungshauptkassen in Zahlung gegeben werden. Geschieht dies, so haben die Steuerpflichtigen zugleich anzugeben, für Rechnung welcher Hebestelle oder welches Hauptamtes die Abgabe der Quittung erfolgt und welche Steuer damit berichtet werden soll. Beträge von weniger als 10,000 Mark dürfen die Reichsbankanstalten für Rechnung der General-Staatskasse vorläufig nicht annehmen. Es kann aber den Steuerpflichtigen auf ihren Antrag von den Provinzial-Steuer-Behörden gestattet werden, dergleichen Beträge für Rechnung der Hauptämter und Hebestellen, an welche Steuern zu entrichten sind, bei einer beliebigen Regierungshauptkasse in der Provinz baar einzuzahlen und sich von dieser über die eingezahlten Summen Anweisungen (Assignmenten) auf diejenige Regierungshauptkasse ertheilen zu lassen, in deren Bezirk die Betriebsanstalten liegen. Diese Anweisungen sollen von den Hebestellen und Hauptämtern ebenso behandelt werden, wie die Quittungen der Reichsbankanstalten über Einzahlungen für Rechnung der General-Staatskasse und werden der betreffenden Hauptkasse von den Erhebern bei der nächsten vorgeschriebenen Ablieferung in Anrechnung gebracht.

— Briefe nach Helgoland. Während der vorjährigen Badesaison ist es aufgefallen, daß noch eine sehr große Anzahl von Briefen nach Helgoland mit 10 Pfennig für je 15 Gr., anstatt 20 Pfennig für je 15 Gr. frankirt worden ist. Im Interesse des Publikums machen wir daher hiermit auf die richtige Tare für Briefe nach Helgoland aufmerksam.

— Direkte Personen- und Gepäckbeförderung nach und von dem Badeorte Warmbrunn. Vom 1. Juni 1880 ab findet im Verkehr zwischen den Eisenbahnstationen Poln.-Lissa und Posen einerseits und dem Badeorte Warmbrunn andererseits eine direkte Personen- und Gepäckbeförderung — via Reibnitz — statt. Es können demnach bei den bezeichneten Eisenbahnstationen direkte Billets, welche zur Fahrt mit der Eisenbahn in I., II. oder III. Wagenklasse bis Reibnitz und mit der Post von da bis Warmbrunn berechtigten, und umgekehrt bei dem Postamt in Warmbrunn direkte Billets, welche für die Postreise von Warmbrunn bis Reibnitz und für die Reise von da ab mit der Eisenbahn in I., II. oder III. Wagenklasse in den in der Richtung nach Kohnfurt fahrenden Zügen bis nach den obengedachten Eisenbahnstationen gültig sind, gelöst werden. Das Reisegepäck wird ohne weitere Mitwirkung des Reisenden von dem Abgangsorte bis zum Bestimmungsorte durchbefördert.

r. Diebstähle. Vor einigen Tagen wurden einer Wittwe im Hause Schützenstraße 22 c. 9 M. aus der unverschlossenen Kommode ihres verschlossenen Wohnzimmers mittelst Anwendung von Nachschlüsseln entwendet. — Im Hause Berlinerstraße 2 wurde gestern Mittags durch einen Dieb ein verschlossener Keller erbrochen und aus diesem eine Anzahl von Flaschen Wein gestohlen; als der Dieb dabei war, dort einen zweiten Keller zu erbrechen, wurde er durch ein hinzukommendes Dienstmädchen verjagt und lief ohne die Weinsflaschen davon. — Vor einigen Wochen wurde einem hiesigen Speiteur am Sapiehaplatz ein Handwagen gestohlen, der nunmehr im Besitze eines Arbeiters auf der St. Martinstraße gefunden worden ist. — Am Dienstag Nachmittag wurden im Hause Mühlenstraße 11 zwei verschlossene Keller und zwei verschlossene Bodenkammern erbrochen, doch ist von dort enthaltenen Gegenständen nichts entwendet worden, indem der Dieb wahrscheinlich gestört worden ist. — In der Nacht vom Sonntag zu Montag wurden aus dem verschlossenen Bodenraume des Hauses Badersstraße 21 mittelst Nachschlüssels zwei Frauenhemden und ein Tischschlüssel entwendet. — Einem Schaupielers wurde aus seiner un-

verschlossenen Wohnung im Hause Sapiehaplatz 10b am Sonntag ein goldener Tauring, gezeichnet G. E. 16/4. 78, gestohlen.

— Schiedemühl, 22. Mai. [Vorbereitung zu den kirchlichen Wahlen. Protest gegen das Königschießen. Unfall.] Auf Anregung einer Anzahl Mitglieder der hiesigen evangelischen Gemeinde fand heute Abend in dem Lantow'schen Saale eine Versammlung behufs Vorbesprechung über die Auffstellung von Kandidaten zu den auf Sonntag, den 23. d. Mts., anberaumten Gemeinde-Kirchenältesten- und Repräsentantenwahlen statt. Dieselbe war nur von 32 Personen besucht. Kreis-Schulinspektor Kupfer wurde zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Derselbe eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er hervorhob, daß es der Wunsch vieler Gemeindeglieder, Beamten und Nichtbeamten, sei, die bisher in der Gemeinde bestandenen Parteien aufzulösen und in Einigkeit und friedlicher Gesinnung zu den Wahlen zu streben. Von einem Mitgliede der Versammlung wurde hierauf bemerkt, daß der Wahltermin der Kirchengemeinde- und Synodalordnung gemäß zu früh angelegt sei und falls die Wahl stattfinden würde, wieder dagegen Protest erhoben werden könnte. Die Versammlung beschloß deshalb einstimmig, an den Gemeinde-Kirchenrath folgende Resolution zu richten: „Die unterzeichneten Gemeindeglieder eruchen auf Grund des § 36 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung und des 9. und 10. Abschnittes der Instruktion des Oberkirchenraths in Bezug auf die Kirchengemeindeordnung den Gemeindefürsorge, die auf Sonntag, den 23. d. M. anberaumte Kirchenältesten- und Repräsentantenwahl, um einen nachmaligen Protest zu vermeiden, aufzuheben und den Wahltermin auf einen späteren Tag zu verlegen.“ Folgen die Unterschriften. Sodann wurde beschlossen, sich über die aufzustellenden Kandidaten schüßig zu machen. Es wurden demnach verschiedene Personen in Vorschlag gebracht und über deren Annahme abgestimmt. Nachdem die Vorschlagsliste geschlossen war, wurde der allgemeine Wunsch laut, nochmals eine Versammlung spätestens 8 Tage vor dem künftigen Wahltermine anzuberaumen, um alsdann endgültig über die Personennamen beschließen zu können. Mit der Annahme dieses Antrages wurde die Versammlung geschlossen. — Gegen das an den Pfingstfesttagen abgehaltene Königschießen der hiesigen Schützengilde, bei welchem die Königswürde Schlossermeister Jazrowski und die Nitterwürde Instrumentbauer Neßls und Tischlermeister Günther errangen, ist seitens einiger Mitglieder der Schützengilde bei dem Magistrat Protest erhoben worden. Derselbe ist dadurch begründet, daß die Einladung zu dem Schützenfeste an die einzelnen Schützenbrüder nicht vorchriftsmäßig ergangen ist. — Gestern führte aus dem Fenster einer Oberwohnung, in Passelort belegen, das etwa dreijährige Kind des hiesigen Arbeiters Teslack, ohne jedoch erheblichen Schaden zu nehmen.

— Inotuzslaw, 25. Mai. [Schützenfest. Prämiiung Beamten-Verein. Versehung. Landwehr-Verein. Feuer. Kommerz. Marktpreise.] Bei dem am zweiten und dritten Pfingstfeiertage auf dem Schützenplat abgehaltenen Königschießen der hiesigen Schützengilde erwarb Hotelbesitzer N. Weiss mit 121 Treffern die Königswürde. Erster Ritter wurde mit 100 Treffern Seilermeister Albrecht jun., zweiter Ritter Maler Rudnik mit 95 Treffern. — Mittwoch den 19. Mai cr. fand hier selbst auf dem neuen und Vierdeiert an der Bahnhofstraße eine Prämiiung von Pferden und Rindvieh im Besitz bäuerlicher Witthe und kleiner Besitzer des hiesigen Kreises statt. Pferde waren recht zahlreich aufgetrieben. Unter denselben befanden sich 117 Mutterstuten und 65 Fohlen. Prämiiert wurden mit Geldprämien 8 Stuten nebst Fohlen; außerdem wurden 30 Freideckscheine auf königliche Gengasse ausgeheilt. Von den prämiierten Gruppen resp. Familien wurden mehrere zur landwirthschaftlichen Provinzial-Ausstellung in Bromberg beordert. Rindvieh war nicht in so großer Menge und Güte aufgetrieben, obgleich sich in der Richtung des Rindviehs ein erheblicher Fortschritt bemerkbar machte. Prämiiert wurden von 26 Kühen, 23 Ferkeln und 4 Bullen 4 Kühe 5 Ferkeln und 2 Bullen. — Am 26. Mai findet im Rotthendort'schen Gartenjaale die zweite diesjährigen Quartals-Versammlung des hiesigen Beamten-Local-Vereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. A. ein Vortrag des Oberlehrers Duade. Es sollen ferner Vespredungen über die Bildung eines Fonds zur Unterstützung bedürftiger Beamtentöchter stattfinden. — Der Amtsrichter Frisch vom hiesigen königlichen Amtsgericht wird am 1. Juni d. J. an das königl. Landgericht in Meseritz versetzt. — Im hiesigen Landwehrverein findet heute eine General-Versammlung statt, in derselben soll u. A. die Wahl von drei Vorstandsmitgliedern erfolgen. — In der Nacht zum 18. brannte in Argenau eine Scheune des Mühlenbesizers Wagner total ab. Die etwa 100 Schritt von der Brandstätte entfernte Mühle gerieth ebenfalls in Brand, der indes noch rechtzeitig unterdrückt werden konnte. Das Feuer ist allem Anschein nach von böswilliger Hand angelegt worden. — Gestern Abend fand hier selbst im Weiß'schen Saale ein Kommerz des hiesigen akademischen Klubs statt. — Am letzten Wochenmarktag (Freitag) wurden hier folgende Marktpreise gezahlt: pr. 100 Kilogramm Weizen 20,05 M., Roggen 16,75 M., Gerste 13,35 M., Hafer 12,05 M., Erbsen 13,50 M., Kartoffeln 4,35 M., Heu 4,50 M., Stroh 5,90 M., Butter 1 Rg. 2,30 M., Eier das Schock 2,15 M.

## Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 26. Mai. [Die Bilanz der österreichischen Südbahn] weist eine Bruttoeinnahme der eigenen Linien von 36,775,739 fl. auf. Die Betriebsausgaben betrugen 15,028,833 fl. der Nettoertrag beziffert sich demnach auf 21,746,906 fl. Hierzu treten die Einnahmen aus der Führung des Betriebes auf fremden Linien mit 471,524 fl. und die von Italien gezahlte Annuität von 11,827,954 fl. Es ergibt sich ein Gesamttexttragnis von 34,046,385 fl. Hiervon wurden bestritten die Anleihezinßen, die Amortisationsbeträge, Zinsen-Abrechnungen und Abschreibungen für Coursverluste zusammen mit 32,474,537 fl. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 1,571,812 fl., welcher zur Verstärkung des Reservefonds verwendet werden soll. — Die auf heute anberaumt gewesene General-Versammlung der Aktionäre der österreichischen Südbahn war nicht beschlußfähig.

Wien, 25. Mai, Nachmittags. Ausweis der österr.-ungar. Bank vom 23. Mai.\*)

Notenumlauf	309,771,930 Abn.	3,546,730 fl.
Metallschatz	167,264,957 Abn.	684,038 „
In Metall zahlb. Wechsel	20,439,962 Abn.	38,285 „
Staatsnoten, die der Bank gehören	4,419,111 Zun.	1,216,288 „
Wechsel	101,549,303 Abn.	3,402,948 „
Lombard	20,039,500 Zun.	25,300 „
Eingel. und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	4,913,953 Zun.	44,180 „

\*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 15. Mai.  
\*\* Petersburg, 25. Mai. Ausweis der Reichsbank vom 13. Mai n. St.)\*

Kreditbil. im Uml.	716,515,125 Rubl.	unverändert
Notenemiss. für Rechnung der Succurs.	390,000,000 „ Abn.	4,000,000 Rubl.
Vorschüsse der Bank an die Staatsregier.	329,200,799 „ Abn.	1,633,738 „

\*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 10. Mai.

## Telegraphische Nachrichten.

Halle a. S., 26. Mai. Bei der gestern im dritten Merseburger Wahlkreise (Delitzsch-Bitterfeld) stattgehabten Erstwahl eines Reichstagsabgeordneten erhielt, nach den bisher bekannt ge-



wordenen Resultaten, Boelfel 1887, Kammergerichtsrath v. Sey-  
dewitz (konf.) 424 und Freytag (Sozialdem.) 261 Stimmen.  
**München**, 25. Mai. Kronprinz Rudolf von Oesterreich,  
welcher heute früh aus Brüssel hier eingetroffen war, ist Abends  
nach Wien weitergereist.  
**Rom**, 26. Mai. Die Thronrede, mit welcher der König  
das Parlament eröffnete, hebt hervor, daß es nothwendig ge-  
wesen sei, das Parlament schnell zu berufen, um eine sofortige  
Berathung und Erledigung der von der Nation erwarteten  
Gesetzentwürfe herbeizuführen. Weiter heißt es, das Land,  
welches meiner Aufrichtigkeit vertraut und mich mit seinem Ver-  
trauen stützt, hat meinem Rufe entsprochen und selbst in der  
Aufregung des Wahlkampfes eine ruhige und würdige Haltung  
bewahrt. Die Regierung wird Ihnen abermals Gesetzentwürfe  
über Reformen vorlegen, für welche der Weg durch lange Vor-  
bereitungen geebnet ist und welchen das Bedürfnis des Landes  
einen neuen Impuls giebt. Ich zweifle nicht, daß Sie diesem  
Bedürfnis entsprechen werden. Die vergangene Legislatur-  
periode hat trotz unerwarteter Hindernisse und Verwickelungen  
sowohl dauernde gute Ergebnisse als auch Entwürfe hinterlassen,  
welche der neuen Legislaturperiode eine schnelle und fruchtbare  
Arbeit erleichtern werden. Meine Regierung wird Sie auf-  
fordern, über die Wehrsteuer zu berathen. Ich habe das Ver-  
trauen zu Ihnen, daß Sie, ohne das Gleichgewicht des Budgets  
zu stören, die Frage im Interesse der Bevölkerung lösen werden.  
Sie werden ferner Gesetzentwürfe, betreffend die Grundsteuer und  
betreffend die Aufhebung des Zwangscourtes zu prüfen haben. Ich  
hoffe ferner, daß diese Legislaturperiode das Verdienst haben wird,  
die von Allen gewünschte Wahlreform herbeizuführen. Die Aus-  
behnung des Wahlrechts wird dem nationalen Willen, welchen ich  
immer aufrichtig zu erkennen suchte, einen vollständigeren Aus-  
druck geben. Die Wahlreform wird begleitet sein müssen von  
einer Reform der Kommunal- und Provinzial-Gesetzgebung. Auf  
dem Gebiete des Eisenbahnwesens werden Sie sich mit Gesetz-  
entwürfen zu beschäftigen haben, welche dem nationalen Wohlstande zu  
Gute kommen sollen. Auch werden Sie sich mit der Strafgesetzgebung  
und Handelsgesetzgebung zu befassen haben. Ich rechne ferner  
auf Ihre andauernde Sorge für die Armee und Marine. Als  
ich das letzte Mal das Wort an Sie richtete, konnte ich mit Be-  
friedigung die guten Beziehungen Italiens zu allen Regierungen  
konstatiren. Unsere Politik in den auswärtigen Angelegenheiten  
galt dem Werke der Vermittelung und der Zivilisation. Die  
Ereignisse haben unsere Voraussicht bestätigt. Das Vertrauen,  
das man in unsere Unparteilichkeit setzte, führte uns zu einer  
ehrenvollen Thätigkeit in der diplomatischen Aktion, welche die  
loyale Ausführung des berliner Vertrages sicherstellt. Die jüngst  
von einer befreundeten Macht ergriffene Initiative, welcher bereits  
die anderen Mächte, Italien einbegreifend, beigetreten sind, be-  
zweckt, die noch nicht gelösten Schwierigkeiten zu beseitigen. Man  
darf vor Allem hoffen, daß die Pazifikation der an Montenegro  
grenzenden Gebiete sich ohne das Unglück eines Konflikts voll-  
ziehen wird. Auch wird bezüglich der griechischen Frage bei nun-  
mehriger Uebereinstimmung aller Mächte unsere wirksame und  
uninteressirte Mitwirkung nicht fehlen, um eine Lösung zu suchen,  
welche den gemeinsamen Abmachungen und den Traditionen  
unserer nationalen Politik entspricht zu Gunsten des Friedens,  
welchen wir auf lange Dauer und mit Ehren uns zu sichern  
bemühen. Ich hoffe auf ein verdienstvolles Ergebnis Ihrer  
Arbeiten, ein solches erwartet auch Italien, welches die Früchte  
seiner Einigung geerntet hat und an ihnen festhält vermöge der  
großen Geschichte seiner Schmerzen und Geschichte.

**Venedig**, 26. Mai. Die Königin von Griechenland ist  
gestern Abend nach Petersburg abgereist; der König von Griechen-  
land wird seine Reise nach Paris heute Vormittag fortsetzen.  
**Paris**, 26. Mai. Der Minister des Innern, Constans, empfing  
heute die Deputirten des Seine-Departements; er erklärte densel-  
ben, daß die am Sonntag von der Polizei getroffenen Maßre-  
geln im Ministerrathe beschlossen worden seien. Die Regierung  
kann nicht eine öffentliche Kundgebung erlauben, die auf öffent-  
licher Straße Unruhen hervorrufen könne. Er wolle derartigen  
Vorgängen lieber zuvorkommen, als sie unterdrücken und könne  
nicht gestatten, daß Ausländer eine öffentliche Kundgebung orga-  
nisirten, um die Regierung der Republik zu diskreditiren.

**Lyon**, 26. Mai. Das erst kürzlich wieder aufgebaute  
Théâtre des Célestins ist in der vergangenen Nacht bis fast  
auf die Mauern niedergebrannt; die Entstehungsurache des  
Feuers ist nicht bekannt.

**London**, 25. Mai. [Unterhaus.] Bei Gelegenheit  
einer Diskussion über Südafrika betonte der Premier Gladstone  
die Nothwendigkeit, den Gouverneur Bartle Frere in seiner  
Stellung am Kap zu belassen, weil seine Ueberzeugung von diesem  
Posten dem Projekte der Errichtung einer südafrikanischen Kon-  
föderation präjudiziren würde. Northcote unterstützte diese  
Ansicht.

**Petersburg**, 26. Mai. Das „Journal de St. Péters-  
bourg“ bespricht die über den Kollektivschritt der Mächte bezüg-  
lich der griechischen Grenzregulirung umlaufenden Zeitungsver-  
sionen. Von einem Aufgeben des Kollektivschritts der Mächte bei  
der Pforte sei keine Rede. Von den Mächten werde eine Ueber-  
einstimmung nicht bloß auf der ersten Aktions-Etappe, sondern  
auch für die Folgezeit erstrebt, die Mächte wünschten einstimmig  
die Ausführung des berliner Vertrages sicher zu stellen, indem  
sie darüber wachten, daß Nichts weber den allgemeinen Frieden,  
noch die Harmonie der Kabinete, noch auch die Wirkung ihrer  
Artikel der „Ungarischen Korrespondenz“, in welchem gesagt war,  
daß, wenn auch augenblicklich ein Bruch vermieden worden sei,  
deshalb doch nicht die Uebereinstimmung für die Zukunft als ge-  
sichert gelten könne und daß Oesterreich-Ungarn die Privatpolitik  
der Konsolidirung der Türkei innerhalb der Grenzen des berliner  
Vertrages verfolge. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Ueber-  
zeugungen der „Ungarischen Korrespondenz“ wohl mehr den Ge-  
fühlen, die dieselbe bei ihren Landsleuten voraussetze, als den

manifestirten Anschauungen des wiener Kabinetts entsprächen und  
sagt: Es giebt eine gemeinsame Aktionsbasis, nämlich die Aus-  
führung des berliner Vertrags, und da die Regierungen das auf-  
suchen, was sie einander nähern, und nicht das, was sie trennen  
könnte und da — was wir nicht oft und nicht nachdrücklich ge-  
nug wiederholen können — ihre Thätigkeit die Erhaltung und  
Konsolidirung des allgemeinen Friedens erstrebe, so ist es ge-  
statet, bestimmt auszusprechen, daß die europäische Aktion einig  
und geschlossen bleiben wird und daß sie ihr Ziel wird erreichen  
können, besonders um deswillen, weil die Pforte die Ueberzeu-  
gung gewinnen muß, daß die Zeit des Aufschubens und der fal-  
schen Ausflüchte nun vorüber ist und daß ihr eigenes Interesse  
die schnelle Erfüllung der im berliner Vertrag von ihr über-  
nommenen Verpflichtungen erheischt.

**Berlin**, 27. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“  
publizirt Auszüge aus den Berichten des deutschen Botschafters  
in Wien vom 29. März und 15. und 16. April, auf welche  
die gestern publicirte Instruktion Bismarck's die Antwort bildete.  
Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weist nach, daß die Regierung seit  
jenem Bericht vom 29. März im gleichzeitigen Hinblick auf die  
politische Haltung des Centrums zum Zweifel an die Durchführ-  
barkeit des Ministerialbeschlusses vom 17. März kommen mußte.  
Man konnte mit Sicherheit berechnen, daß diejenige Vorverständi-  
gung mit Rom, welche den Ministerialbeschluss in Aussicht  
nahm, bis zum Zusammentritt oder Schluss des Landtags  
nicht erreicht sein würde. Außerdem scheint, daß das Ver-  
trauen auf das Ergebnis der Verhandlungen, mit welchen  
die Regierung nach dem Breve vom 24. Februar den Beschluss  
am 17. März gefasst hatte, durch die abschwächende Deklaration,  
welche die Depesche Kinas's vom 23. März enthält, erschüttert  
war. So erklärt sich ihr Entschluss, den katholischen Staatsge-  
nossen die Konzeptionen, welche ohne Schädigung des Staates mög-  
lich sind, gratis und ohne Rücksicht auf eine römische Gegenleistung  
zu machen und zu diesem Zwecke die bekannten gesellichen Voll-  
machten nachzusuchen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ führt aus, daß  
durch die Annahme der Vorlage ein fruchtbarer Boden als der  
bisherige für die Verhandlungen mit Rom beschafft wurde, weil  
dann an die Stelle prinzipieller Verhandlungen, Verhandlungen über  
konkrete Fälle treten würden, bei denen sich eher mit der Kurie  
reden lasse. Wie weit die Regierung von den erstrebten Er-  
mächtigungen Gebrauch machen werde, werde von dem Maße des  
Entgegenkommens der Kurie abhängen. Wenn die Vorlage vom  
Landtage abgelehnt wird, werde ersichtlich werden, daß der Re-  
gierung Elemente gegenüberstehen, welche die Fortdauer des  
Kampfes zu Zwecken bedürfen, die eine Staatsregierung sich nicht  
aneignen kann.

**Wien**, 27. Mai. Ein kaiserliches Patent vom 26. Mai  
beruft die Landtage zum 8. Juni.

**Rom**, 27. Mai. Nachdem Farini die Annahme der Kan-  
didatur der Kammerpräsidentschaft verweigert, beschlossen 138  
konstitutionelle Abgeordnete die Kandidatur Biancheri's.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Meteorologische Beobachtungen zu Posen**  
im Mai 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. rebus in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
26. Nachm. 2	760,3	W lebhaft	heiter	+22,7
26. Abnds. 10	760,1	Windstille	heiter	+16,8
27. Morgs. 6	759,8	S schwach	wolkenlos	+14,8

**Wetterbericht vom 26. Mai, 8 Uhr Morgens.**

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. rebus in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Aberdeen	750,6	SW stark	bedeckt	12,8
Kopenhagen	765,2	WNW leicht	heiter	12,2
Stockholm	759,0	WNW mäßig	heiter	10,4
Haparanda	fehlt			
Petersburg	fehlt			
Moskau	755,8	WSW still	halb bedeckt	9,6
Cort	757,4	SW mäßig	bedeckt	13,3
Brest	761,9	SD schw.	bedeckt	14,7
Helder	762,1	SD leicht	heiter	16,0
Sylt	764,4	SW still	Dunst	12,2
Hamburg	765,7	S still	halb bedeckt	15,7
Eutinmünde	766,4	still	wolkenlos	16,3
Neufahrwasser	765,7	WNW schw.	wolfig	14,9
Memel	763,1	W mäßig	heiter	9,5
Paris	764,4	SW leicht	wolkenl.	19,3
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	767,5	S leicht	wolkenl.	20,6
Wiesbaden	767,8	W still	wolkenl.	17,3
Kassel	766,4	SD leicht	wolkenl.	15,6
München	769,8	W schwach	wolkenl.	19,6
Leipzig	768,0	SD still	wolkenl.	18,0
Berlin	766,5	WNW still	wolkenl.	16,6
Wien	768,0	still	wolkenl.	16,6
Breslau	767,2	W leicht	wolkenl.	18,9

1) Seegang leicht. 2) Seegang mäßig. 3) Seegang mäßig.  
4) Thau, Nebel. 5) Dunst.

**Uebersicht der Witterung.**  
Während das gestern erwähnte barometrische Minimum nach Nord-  
osten verschoben ist, nabet nordwestlich der britischen Inseln eine  
neue Depression, welche über Nord-Island starke westliche, über Ost-  
Schottland starke bis heisse südliche Winde mit Niederschlägen bedingt.  
Auf dem übrigen Gebiete herrscht überall ruhiges, meist wolkenloses  
Wetter mit schwacher Luftbewegung und steigender Temperatur, die  
sich jetzt wieder über ihren durchschnittlichen Werth erhoben hat.  
Nizza: Still, Dunst, 18,2 Grad. Deutsche Seewarte.

**Telegraphische Börsenberichte.**  
**Bonds-Course.**  
**Frankfurt a. M.**, 26. Mai. (Schluß-Course.) Matt.  
Lond. Wechsel 20,462. Pariser do. 80,87. Wiener do. 171,85. R.-M.  
St.-M. 147½. Rheinische do. 159½. Hess. Ludwigsb. 97½. R.-M.-Pr.-Antk.

133. Reichsanl. 100½. Reichsbank 149½. Darmstb. 143½. Meiningen  
B. 95½. Ost.-ung. B. 715,50. Kreditaktien\*) 237½. Silberrente 62½.  
Papierrente 62½. Goldrente 75½. Ung. Goldrente 90½. 1860er Loose  
124½. 1864er Loose 316,80. Ung. Staatsl. 211,50. do. Odb.-Obl. II.  
85. Böhm. Westbahn 190½. Elisabethb. 160½. Nordwestb. 139½.  
Galizier 225½. Franzosen\*\*) 236½. Lombarden\*) 72½. Italiener  
— 1877er Russen 91½. II. Orientanl. 60½. Zentr.-Pacific 109½.  
Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.  
Dux-Bodenbacher Stamm-Aktien 137.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 238, Franzosen 236½, Ga-  
lizier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er  
Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentrals-  
bahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —.

\*) per medio resp. per ultimo.  
**Frankfurt a. M.**, 26. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien  
238½. Franzosen, 236½, Lombarden —, 1860er Loose 124½, Galizier  
226, österreich. Silberrente —, ungarische Goldrente 91½, II. Orientan-  
leihe 60½, österr. Goldrente 75½, Papierrente —, III. Orientanleihe  
—, 1877er Russen —. Meiningen Bank —. Fest.  
**Wien**, 26. Mai. (Schluß-Course.) Geschäftlos, Kurse ab-  
bröckelnd, zum Schluß besser auf die Begehung der ungarischen Eisen-  
bahn-Investitionsanleihe an die Kreditanstaltsgruppe zum Kurse von  
106,11 für je 100 Goldgulden.  
Papierrente 72,40. Silberrente 73,20. Oesterr. Goldrente 88,10,  
Ungarische Goldrente 105,92½. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose  
130,50. 1864er Loose 174,50. Kreditloose 179,00. Ungar. Krämientl.  
110,50. Kreditaktien 277,60. Franzosen 275,00. Lombarden 83,75.  
Galizier 263,00. Reichs-Oderb. 125,50. Pardubitzer 128,50. Nordwest-  
bahn 162,70. Elisabethbahn 185,70. Nordbahn 245,00. Oesterreich-  
ungar. Bank —, Türk. Loose —, Unionbank 107,70. Anglo-  
Austr. 135,80. Wiener Bankverein 133,60. Ungar. Kredit 264,00.  
Deutsche Plätze 57,50. Londoner Wechsel 117,90. Pariser do. 46,70.  
Amsterdamer do. 97,70. Napoleons 9,40. Dufaten 5,57. Silber  
100,00. Marknoten 58,10. Russische Banknoten 1,25½. Vemberga-  
Gernowik 163,70. Kronpr.-Rudolf 159,00. Franz-Josef 168,70.  
Theißloose 107,40.  
Nachbörse: Kreditaktien 276,75, Franzosen 274,50, Papierrente  
—, Galizier —, österr. Goldrente —, ungar. Goldrente  
—, —, Renten —, Schwächer.  
**Wien**, 26. Mai. (Privatverkehr.) Kreditaktien 278,10, Papier-  
rente 72,50, ungar. Goldrente 106,35. — Renten steigend.  
**Petersburg**, 26. Mai. Wechsel auf London 25½, II. Orient-An-  
leihe 90½, III. Orientanleihe 90½.  
**Florenz**, 26. Mai. 5 pSt. Italiensische Rente 83,75, Gold 21,91.  
**Paris**, 26. Mai. (Schluß-Course.) Fest, ungarische Goldrente  
steigend.  
3 Proz. amortisirt. Rente 56,82½, 5 Proz. Rente 85,32½, Anleihe  
de 1872 118,80, Ital. 5 Proz. Rente 85,85, Oesterr. Gold-  
rente 75½, Ung. Goldrente 92½, Russen de 1877 94½, Franzosen  
592,50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 182,50, Lombard. Prioritäten  
275,00, Türken de 1865 11,15, 5 Proz. rumänische Anleihe 75,00.  
Credit mobilier 720,00, Spanier ext. 17½, do. inter. 16½, Suez-  
kanal-Aktien —, Banque ottomane 542, Societe generale 560, Credit  
foncier 1263, Egypter 297, Banque de Paris 1030, Banque d'escompte  
787, Banque hypothecaire 607, III. Orientanleihe 60½, Türken-  
loose 36,25, Londoner Wechsel 25,30½.  
**Paris**, 25. Mai. Boulevard-Verkehr. 3 Proz. Rente —, An-  
leihe von 1872 118,77½, Italiener —, österr. Goldrente —,  
ungar. Goldrente 92½, Türken 11,17½, Spanier ext. —, Egypter  
297,00, Banque ottomane —, 1877er Russen —, Lombarden  
—, Türkenloose —, III. Orientanleihe —. Fest.  
**London**, 26. Mai. Consols 99½, Italien. 5 Proz. Rente 84½,  
Lombarden 7½, 3 Proz. Lombarden alte 10½, 3 Proz. do. neue 10½,  
5 Proz. Russen de 1871 88½, 5 Proz. Russen de 1872 87½, 5 Proz. Russen  
de 1873 89½, 5 Proz. Türken de 1865 10½, 5 Proz. fundirt. Amerikaner  
105, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungar. Gold-  
rente 91, Oesterr. Goldrente 74½, Spanier 17½, Egypter —.  
Preuß. 4 Proz. Consols 99½, 4 Proz. bair. Anleihe 98½.  
Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,64. Wien 12,02. Paris  
25,47. Petersburg 24½.  
Markdiskont 3½ pSt.  
**Newyork**, 25. Mai. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold  
4 D. 86 C. Wechsel auf Paris 5,18½. 5 pSt. fund. Anleihe 103½,  
4 pSt. fundirt. Anleihe von 1877 107½, Erie-Bahn 33½. Central-Pacific  
1½, Newyork. Centralbahn 124½.  
**Produkten-Course.**  
**Köln**, 26. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,50,  
fremder loco 25,50, pr. Mai 22,90, pr. Juli 22,35, pr. November  
20,45, Roggen loco 21,00, pr. Mai 18,90, pr. Juli 17,45, pr. No-  
vember 16,10, Hafer loco 16,00, Rübsl loco 29,20, pr. Mai 28,80,  
pr. Oktober 29,70.  
**Bremen**, 26. Mai. Petroleum feinst. (Schlußbericht.) Stan-  
dard white loco 7,10 Br., per Juni 7,10, per Juli 7,20, per August-  
Dezember 7,60. Alles Br.  
**Hamburg**, 26. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco fester, auf Ter-  
mine besser. Roggen loco fester, auf Termine besser. Weizen per  
Mai 22,90 Br., 218 Gd., per September-Oktober 201 Br., 200  
Gd. Roggen per Mai 174 Br., 172 Gd., per September-Oktober  
159 Br., 158 Gd. Hafer unveränd. Gerste ruhig. Rübsl fest, loco  
56, per Okt. 58½. Spiritus fest, per Mai 52 Br., per Juni-Juli 51½  
Br., per Juli-August 51½ Br., per August-September 51½ Br. Raffee  
ruhig. Umias 1500 Sacl. Petroleum beht., Standard white loco  
7,20 Br., 7,00 Gd., per Mai 7,00 Gd., per August-Dezember 7,60 Gd.  
— Wetter: Sehr schön.  
**Bett**, 26. Mai. (Produktenmarkt.) Weizen loco matt, Ter-  
mine fester, per Herbst 10,17 Gd., 10,22 Br., Hafer per Herbst 6,10  
Gd., 6,20 Br. Mais per Mai-Juni 7,82 Gd., 7,87 Br. Rohlraps per  
August-September 14½. Wetter: Prachtvoll.  
**Paris**, 26. Mai. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen fest,  
pr. Mai 33,10, pr. Juni 30,90, pr. Juli-August 28,90, pr. Sept.-  
Dezember 26,90. Roggen fest, pr. Mai 24,25, pr. Juni —, per  
Juli-August —, per Sept.-Dez. 18,75. Mehl fest, pr. Mai 68,00,  
pr. Juni 66,50, pr. Juli-August 63,00, pr. September = Dezember  
57,00. Rübsl ruhig, pr. Mai 78,50, pr. Juni 78,75, pr. Juli-August  
79,50, per September-Dezember 81,00. — Spiritus fest, pr. Mai  
67,50, pr. Juni 67,25, pr. Juli-August 67,00, per September-Dezember  
63,00. — Wetter: Schön.  
**London**, 26. Mai. Savannaguder Nr. 12 25. Ruhig.  
**London**, 26. Mai. An der Küste angeboten 10 Weizenladungen.  
— Wetter: Warm.  
**London**, 26. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde  
Zufuhren seit legtem Montag: Weizen 22,770, Gerste 360, Hafer  
8190 Dirs.  
Weizen geschäftslos, angekommene Ladungen sehr stetig, Mais und  
Gerste fester, Hafer ½—1 sh. theurer.  
**Liverpool**, 26. Mai. Baumwolle (Schlußbericht.) Umsatz 7000  
Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Ruhig.  
Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6½, Juli-August-Liefe-  
rung 6½, September-Lieferung 6½ d.  
**Newyork**, 25. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork  
11½, do. in New-Orleans 11½. Petroleum in Newyork 7½ Gd., do. in  
Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificats — D.  
88 C. Mehl 4 D. 65 C. Mather Winterweizen 1 D 37 C. Mais (old  
mixed) 54 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Raffee (Rio-  
14½. Schmalz (Marke Wilcox) 7½. do. Fairbanks 7½. do. Rohe  
& Brothers 6½ C. Speck (short clear) 7 C. Getreidefracht 4½.



**Berlin, 26. Mai.** Der gestrige Verkehr hatte unter der verstim-  
 menden Wirkung von Fallissementsgerüchten schwach geschlossen; doch  
 hatte diese Ermattung auf die fremden Börsen wenig Einfluß geübt,  
 und die Meldungen von außerhalb waren ziemlich günstig. Dennoch  
 behaupteten sich hier die gestrigen Schluskkurse nur mit Mühe, und bei  
 der außerordentlich großen Geschäftsunlust, welcher keine Anregung zu  
 Hülfe kam, erschien die Haltung anfangs matt. Kreditactien gaben  
 etwa 1 M., Disconto-Kommandit-Antheile  $\frac{1}{2}$  pSt. nach; auch Laurahütte  
 und Dortmunder Union konnten sich angesichts der matten

<b>Fonds- u. Aktien-Börse.</b>	Pomm. H.-B. 1. 120 5	104,10	b $\frac{1}{2}$	Ⓒ
	do. II. IV. 110 5	101,75	b $\frac{1}{2}$	B
	Pomm. III. rz. 100 5	98,25	b $\frac{1}{2}$	Ⓒ
	Pr. B.-G.-H.-Br. rz. 5	108,50	B	
	do. do. 100 5	103,00	Ⓒ	
	do. do. 115 $\frac{1}{2}$	105,50	Ⓒ	
	Pr. G.-B.-Pfdbr. fd. $\frac{1}{2}$	100,40	b $\frac{1}{2}$	Ⓒ
	do. unf. rückz. 110 5	112,40	b $\frac{1}{2}$	
	do. (1872 u. 74) $\frac{1}{2}$			
	do. (1872 u. 73) 5			
	do. (1874) 5			
	Pr. Gvp.-A.-B. 120 $\frac{1}{2}$	103,00	Ⓒ	
	do. do. 110 5	105,80	Ⓒ	
	Schlef. Bod.-Cred. 5	104,60	Ⓒ	
	do. do. $\frac{1}{2}$	104,60	Ⓒ	

<b>Berlin, den 26. Mai 1880.</b>	
<b>Preussische Fonds- und Geld- Cours.</b>	
Consol. Anleihe $\frac{1}{2}$	105,90 b $\frac{1}{2}$
do. neue 1876 4	99,80 Ⓒ
Staats-Anleihe 4	99,80 Ⓒ
Staats-Schuldsch. $\frac{3}{8}$	96,75 b $\frac{1}{2}$
Ob.-Deich.-Obl. $\frac{1}{2}$	103,50 Ⓒ
Berl. Stadt-Obl. $\frac{1}{2}$	103,90 b $\frac{1}{2}$
do. do. $\frac{3}{8}$	94,25 Ⓒ
Schldv. d. B. Rfm. $\frac{1}{2}$	102,00 B
Pfandbriefe:	
Berliner 5	108,10 Ⓒ

Souvereignes	20,38	b <sub>3</sub>	Stufl. Jan. z. 1870	5	88,80	b <sub>3</sub>
20-Franksstücke	16,18	b <sub>3</sub> @	Stufl. conf. A. 1871	5	88,80	b <sub>3</sub>
do. 500 Gr.			do. do. 1872	5	88,80	b <sub>3</sub>
Dollars	4,22	b <sub>3</sub>	do. do. 1873	5		
Imperials	16,67	@	do. do. 1877	5	91,10	b <sub>3</sub>
do. 500 Gr.			do. Boden-Credit	5	80,50	b <sub>3</sub> B
Fremde Banknoten			do. Pr.-A. v. 1864	5	151,00	B
do. einlösb. Leipz.			do. do. v. 1866	5	147,50	b <sub>3</sub>
Franzöf. Banknot.			do. 5. A. Stiegl.	5	62,00	b <sub>3</sub> @
Oesterr. Banknot.	171,90	b <sub>3</sub>	do. 6. do. do.	5	85,50	b <sub>3</sub> B
do. Silbergulden			do. Pol. Sch.-Obl.	4	81,60	b <sub>3</sub>
Ruß Noten 100 Rubl	215,30	b <sub>3</sub>	do. do. kleine	4		
			Poln. Psdbr. III. C.	5	65,90	b <sub>3</sub> @

**Breslau, 2. Mai. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.)**  
**Koggen:** (per 2000 Pfd.) höher, Gefündigt — Zentne,  
 Abgel. Rdgld. — per Mai 174 bez. per Mai-Juni 172 bz.  
 per Juni-Juli 170,50—171,50 bez. u. Br. per Juli-August 163,50 bez.  
 per August-September — per September-Oktober 158,50 Gd. u. Br.  
**Weizen:** Gefündigt —, — Str. per Mai 218,— Br. per Mai-Juni  
 218,— Br. per Juni-Juli 220 Br. per Juli-August 218 Br.  
**Petroleum:** per 100 Mgr. Lofe 26,50 Br. per Mai-Juni —.  
**Safer:** Gef. — Str. per Mai 150,— Gd. per Mai-Juni 150,—  
 Gd. per Juni-Juli 151 Gd. per August-September —, per Septem-  
 ber-Oktober 136 Gd.

Eisen-Notirungen in Glasgow nicht behaupten. Etwas besser hielten sich Bergische Eisenbahn-Aktien, da man mit Rücksicht auf die große Wagengestellung eine bedeutende Mehreinnahme erwartet, und Nummern, welche abermals höher bezahlt wurden. Auch fremde Renten behaupteten sich gut; russische Anleihen und Noten wurden als etwas höher bezeichnet. Sonst ruhte der Verkehr fast ganz. Oesterreichische Eisenbahnwerthe traten zurück; auch andere gegen baar gehandelte Aktien fanden wenig Beachtung. Nur festverzinsliche Werthe behaupteten sich gut; besonders zeigte sich für ausländische Eisenbahn Obliga-

Centralbf. f. S. u. S.	27,90	B	Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,10	B <sup>3</sup> G
Soburger Credit-B.	87,90	B <sup>3</sup> B	Berlin- <u>Stettin</u>	4 <sup>1</sup>	115,20	B <sup>3</sup> G
Söln. Wechselbank	96,75	B	Bresl.-Schw.-Frbg.	4	107,90	B <sup>3</sup>
Danziger Privatb.	112,50	B	Söln-Minden	6	147,25	B <sup>3</sup>
Darmstädter Bank	144,00	B <sup>3</sup> B	do. Lit. B.			
do. Zettelbank	106,25	B <sup>3</sup> G	Salz.-Soran-Guben	4	24,00	B <sup>3</sup>
Deutscher Creditb.	84,75	B <sup>3</sup> G	Land-Anst.-Sax.			

do. Landesbank	4	119,00	Ⓒ	Winn. - Aktien	4	
Deutsche Bank	4	137,50	b <sub>3</sub> Ⓒ	do. II. Serie	4	
do. Genossensch.	4	110,00	Ⓒ	Märktisch-Pöjener	4	29,80 b <sub>3</sub> Ⓒ
do. Sup.-Bank.	4	91,50	b <sub>3</sub>	Magd. - Halberstadt	4	147,25 b <sub>3</sub>
do. Reichsbank.	4 1/2	149,60	b <sub>3</sub> Ⓐ	Magdeburg-Leipzig	4	
Discount-Comm.	4	172,00	Ⓒ	do. do. Lit. B.	4	
Gerar. Bank	4	84,25	Ⓐ	Münster-Bannm.	4	99,80 Ⓒ
				do. do. Lit. A.	4	99,00

do. Handelsb.	4	55,25	Ⓒ	Niederh.-Markt.	4	99,40	Ⓒ
Gothaer Privatb.	4	101,50	Ⓒ	Norhaußen-Erzt.	4	25,00	Ⓒ
do. Grunndredb.	4	92,50	Ⓒ	Oberchl. Lit. A. C.	3½	184,00	Ⓒ
Hypothek (Hübner)	4			do. Lit. B.	3½	153,00	Ⓒ
Königsb. Vereinsb.	4	100,40	Ⓒ	do. Lit. C.	5		
Leipziger Creditb.	4	144,00	Ⓒ	Ostpreuß. Südbahn	4	55,90	Ⓒ
				Rechte Oderufsb.	4	139,80	Ⓒ

do. Discontob.	4	92,50	Ⓒ	Rheinische	4	159,00	b <sub>3</sub> B
Wagdeb. Privatb.	4	110,50	Ⓒ	do. Lit. B. v. St.gar.	4	99,10	Ⓒ
Necklb. Bodencr.	fr.	64,00	Ⓒ	Rhein-Waggebahn	4	16,40	b <sub>3</sub> B
do. Hypoth.-B.	4	76,00	Ⓒ	Stargard-Bojen	4½	102,60	Ⓒ
Meining. Creditbf.	4	95,10	b <sub>3</sub> Ⓒ	Thüringische	4	158,70	b <sub>3</sub> B
do. Hypothekenbf.	4	91,50	b <sub>3</sub> Ⓒ	do. Lit. B. v. St.gar.	4	99,00	b <sub>3</sub>
Niederlausitzer Bank	4	97,25	b <sub>3</sub> Ⓒ	do. Lit. C. v. St.gar.	4½	105,75	b <sub>3</sub>

Norddeutsche Bank	157,25	Ⓒ	Weimar-GERAER	4½	51,60	b3
Nordd. Grunbfredit	52,00	Ⓒ				
Deutſch. Kredit	4		Albrechtsbahn	5	25,30	b3Ⓒ
Petersb. Intern. Bf.	95,00	B	Amſterd. - Rotterdam	4	120,75	b3
Poſen-Landwirthſch.	67,50	b3	Auffig-Æpſt	4		
Poſener Prov.-Bank	112,00	Ⓒ	Böhm. Weſtbahn	5	95,90	b3
Poſener Spiritafien	47,00	B	Preſſ-Graisma	5		

Preuß. Bank-Anth.	4 1/2		Bresl-Kiew	4			
do. Bodenkredit	4	92,50	b <sub>3</sub>	Dur-Bodenbach	4	69,10	b <sub>3</sub> G
do. Centralbkn.	4	127,25	b <sub>3</sub>	Elisabeth-Westbahn	5	79,80	b <sub>3</sub> G
do. Hyp.-Spielb.	4	103,30	b <sub>3</sub>	Kais. Franz Joseph	5	72,60	b <sub>3</sub> B
Produkt.-Handelsbk	4	74,75	B	Gal. (Karl Ludwig.)	5	113,10	b <sub>3</sub>
Sächsisch. Bank	4	118,20	b <sub>3</sub>	Gothard-Bahn	6	52,00	b <sub>3</sub> B
Schaaffhau. Bank	4	87,00	b <sub>3</sub>	Grichau-Deharg	5	52,90	b <sub>3</sub>

Schlef. Bankverein	4	104,00	b <sub>2</sub> G	Ludwigsb.-Verbad	5	33,30	b <sub>2</sub> G
Südd. Bodenkredit	4	130,25	G	Rüttich-Limbürg	4	200,00	b <sub>2</sub> B
				Mainz-Ludwigsb.	4	15,10	G
				Oberhesf. v. St. gar.	4	95,90	b <sub>2</sub> G
<b>Industrie - Aktien.</b>				Deutr.-frz. Staatsb.	5		
Bräuerei Pilsenhopf	4	136,50	G	do. Nordm.-B.	5	277,75	b <sub>2</sub> G
Dannenberg Rattun.	4			do. Lübb.	5		
Deutsche Baugew.	4	63,75	b <sub>2</sub> G				

Rich. Eisenb.-Bau	4	5,00 B	Reichenb.-Vardubiz	4	55,30 B
Rich. Stahl-u. Eis.	4		Kronpr. Rud.-Bahn	5	68,25 B
Donnersmarkthütte	4	57,50 B	Kias-Byas	5	
Dortmunder Union	4	10,70 B	Rumänier	4	53,20 B
Ellgels Mach.-Wkt.	4	32,50 B	Rußl. Staatsbahn	5	
Erdmannsd. Spinn.	4	37,75 B	Schweizer Unionb.	4	23,25 B

Wien-Grünwald	4	21,25	b <sub>3</sub> Q
Schweizer Westbahn	4		
Südöstr. (Lomb.)	4		
Turnau-Prag	4	79,75	b <sub>3</sub> Q
Wartemberger	5		
Wien-Vienna	4	256,50	b <sub>3</sub>

**Eisenbahn-Stammprivilegien.**

Handhammer	40,75	b <sub>3</sub>	⊗	Berlin-Burg-Zeig	5
Leinwandbütte	113,20	b <sub>3</sub>	⊗	Altenburg-Dresden	5 48,75 b <sub>3</sub> ⊗
Leinwandbütte	59,00	b <sub>3</sub>	⊗	Berlin-Görlitzer	5 82,25 b <sub>3</sub> ⊗
Magdeburg Bergw.	126,00	b <sub>3</sub>	⊗	Breslau-Warschau	4
Marienhüt. Bergw.	71,75	b <sub>3</sub>	⊗	Salz-Sorau-Gub.	5 86,25 b <sub>3</sub> ⊗
Menden u. Schw. B.	87,00	b <sub>3</sub>	⊗	Hannover-Altenb.	5
Oberichl. Ejz.-Bed.	57,90	b <sub>3</sub>	⊗	do. II. Serie	5

hönig B.-A. Lit. A.	4	77,00	b <sub>3</sub>	⊗	Leipz.-Gajchm.-Wk.	5	
hönig B.-A. Lit. B.	4	42,50	⊗		Märkisch-Polen	5	103,00 B
ebenbütten conj.	4	174,00	⊗		Magd.-Salzst. B.	3½	89,90 b <sub>3</sub>
heim.-Nass. Vergm.	4	90,00	b <sub>3</sub>	⊗	do.	C. 5	121,90 ⊗
heim.-Weiss. Ind.	4				Mariemb.-Mawta	5	90,00 b <sub>3</sub> ⊗
stobwasser Samen	4	23,90	b <sub>3</sub>		Nordhausen-Erfurt	5	94,00 b <sub>3</sub> ⊗
					Oberlausitzer	5	42,00 b <sub>3</sub>

Stettin, 26. Mai. (An der Börse.) Wetter: Schön  
+ 17 Grad R., Barometer 28,5. Wind: West.  
Weizen etwas fester, per 1000 Rilo loco gelber 210—218 M.,  
weißer 210—220 M., per Mai—Juni 214—215,5 M. bez., per Juni  
Juli 213,5—214 M. bez. u. Br., per Juli=August 207 M. nom.,  
per September=Oktober 197—198,5 M. bez. u. Br. Haaren fest und

böher, per 1000 Kilo loto inländischer 171—176 M., russischer  
bis 175 M., per Mai 173,5 M. nom., Mai-Juni 170,5 M. ob.,  
Juni-Juli 164—164,5 M. bez., per Juli-August 160 M. bez.,  
September-Oktober 157,5—159 M. bez. — Gerste, Hafer, Erbsen ohne  
Handel. — Winterribsen böher, per 1000 Kilo per September  
Oktober 262—264 M. bez. — Rübsl feiter, per 100 Kilo loto ohne  
Fab. bei Winterribsen 36,5 M. nom., per Mai-Juni 35 M. nom.,  
Juni-Juli 34 M. nom., Juli-August 33 M. nom., September-Oktober 32 M. nom.

Juli —, per September-Oktober 57—57,5 M. bez., per Br. per  
 Oktober-November 57,75 M. bez. — Spiritus matt, per 10,00 Liter  
 pSt. lofo ohne Faß 62,8 M. bez., per Mai = Juni 63 M. bez., per  
 Juni-Juli 63 M. bez., per Juli-August 63,8 M. bez., per August—  
 September 63,5—63,4 M. bez., per September = Oktober 58 M. bez.  
 u. Gd., — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: 63 M. bez.

215 M., Roggen 173-5 M., Rüböl 55 M., Spiritus 75 M. tran-  
 Petroleum 107-7,25 M. tranf. bez., alte Ufanz 7,5 M. tranf.  
 bez., Regulirungspreis 7,25 M. tr.  
 Deutiger Landmarkt: Weizen 214-222 M., Roggen 174-180  
 M., Gerfte 168-174 M., Hafer 148-157 M., Erbſen 156-168  
 M., Kartoffeln 48-56 M., Heu 2,5-3 Mark, Stroh 30-33 M.

tionen gute Meinung. Die Ultimo-Regulierung vollzieht sich ohne den Verleiher namhaft zu beleben; die Engagements haben gegen den Vormonat stark abgenommen, und augenblicklich scheinen die Geschäftengagements zu überwiegen. Der weitere Verlauf des heutigen Geschäftstages brachte eine fortgesetzt zunehmende Abschwächung bei sehr geringfügigen Umsätzen. Der Schluss war auf bessere Notierungen. Per Ultimo notierte man: *Franklos 475-3*, *450*, *Rombard 444*.

Kreditation 479	—	6—8,50,	Disconto-Kommandit-Antheile 172,20	—	—
170,75—171,25.	Der Schluß war fest.	—	—	—	—
Rechte Oderuf. Bahn	5	139,25	h/8	Oberschlef. v. 1874	4 1/2 103,00
tumänische	8	—	—	Brieg-Reife	4 1/2 102,75
Saalbahn	5	—	—	do. Coj.-Verb.	4 1/2 —
Saal-Unstrutbahn	5	—	—	do. do.	5 —
Elst-Unterburg	5	82,00	h/8	do. Rich.-Zweig	3 1/2 —

Reimar-Gerner	5	35,00	hG	do. Starg.-Boj.	4	
<b>Eisenbahn = Prioritäts-</b>				do. do.	II.	4
<b>Obligationen.</b>				do. do.	III.	4
lach.-Maistrich	4 1/2	101,00	B	Preuss. Südbahn	4	102,10 G
do. do.	II.	101,75	B	do. Litt. B.	4	
do. do.	III.	101,00	G	do. Litt. C.	4	
				Preuss.-Oderbahn		103,20 G

Berg-Märkische	I.	41	103,00	6
do.	II.	41	103,00	6
do. III. v. St. g.	3	91,50	b <sub>3</sub>	
do. do. Litt. B.	3	91,50	b <sub>3</sub>	
do. do. Litt. C.	3	88,60	B	
do.	IV.	41	103,00	6
do.	V.	41	103,00	6

do.	4	103,00	⊗	do.	v. 1874.	5	100,00	⊗
do.	VI.	103,70	⊗	do.	=Nabe v. St. g.	4	104,00	⊗
do.	VII.	103,00	⊗	do.	II. do.	4	104,00	⊗
achen-Düffeldf. I.	4			Schlesw.-Holstein		4		
do. do. II.	4			Thüringer	I.	4	100,00	⊗
do. do. III.	4			do.	II.	4		
do. Düff. = Elb.-Br.	4			do.	III.	4	100,00	⊗
do. do. IV.	4						00	⊗

do. do. II. 4½	do. do. IV. 4½	103,00	8
do. Dortm.-Soest 4	do. do. VI. 4½	103,00	8
do. do. II. 4½			
do. Nordb.-Fr.W. 5		103,10	8
do. Ruhr.-Gr.-K. 4½			
do. do. II. 4			
do. do. III. 4½			

  

Ausländische Prioritäten.		
Elisabeth-Weßbahn 5	86,90	ba 23
	90	ba

Berlin-Anhalt			Gal. Karl-Ludwig I.	5	91,26	⊗		
do.	4½	102,75	⊗	do.	do.	89,25	⊗	
do.	4½	102,75	⊗	do.	do.	III. 5	88,10	h <sub>3</sub> ⊗
Berlin-Görlitz	5	102,60	b <sub>3</sub>	do.	do.	IV. 5		
do. do. Litt. B.	4½	101,75	⊗					
Berlin-Samberg	4	99,75	⊗	Remberg-Gesernow I.	5	77,40	⊗	
do.	4	99,75	⊗	do.	do.	II. 5	82,80	h <sub>3</sub> ⊗
do.	II. 4	99,75	⊗	do.	do.	III. 5	77,20	h <sub>3</sub> ⊗

do.	do.	III.	5		do.	IV.	5	76,90	⊗
Br. d. Stsd.	W. A. B.	A.	4	99,60	B	Mähr.-Schl. G.-B.	fr.	27,75	
do.	do.	C.	4	99,60	B	Mainz-Ludwigsh.	54		
do.	do.	D.	4½	102,70	B	do.	do.	3	
do.	do.	E.	4½	102,30	⊗	Deherr.-Grz.-Stab.	3	378,00	⊗
Berlin-Stettin	I.	4½			do.	Gränzb.	3	360,60	⊗
do.	do.	II.	4	99,70	⊗	Deherr.-Grz.-Stab.	5	104,90	B

do.	do.	III.	4	99,70	G	do.	II.	Em.	5	104,90	h
do.	IV.	V.	St. g.	4½		Deßter. Nordweß.				86,90	h
do.	VI.	do.	4	99,70	B	Deß. Nordweß. Lit. B				84,50	h
do.	VII.		4½			do. Weib-Priorit.					
Presl. Schm.-Freib.			4½			Rajchau-Oderb. gar.				75,90	h
do.	do.	Litt. G.	4½			Kronpr. Rud.-Bahn				81,90	h
do.	do.	Litt. B.	4½	102,00	B	do.				81,20	h

do. do. Litt. I.	1	102,90	b	do. do.	1859	5	81,20	b
do. do. Litt. I.	1	102,90	B	do. do.	1872	5	92,20	b
do. do. 1876	5	106,20	b	Rab-Graz Pr.-A.	1	5	80,30	b
bin-Minden IV.	4	99,60	b	Reichent.-Pardubitz	4	5	271,00	b
do. do. V.	4	99,60	b	Südböhm. (Lomb.)	3	3	270,90	b
do. do. VI.	4	101,80	b	do. do. neue	3	3		
alle-Sorau-Guben	4	104,00	b	do. do.	1875	6		
do. do.	4	104,00	b	do. do.	1876	6		

do. do. C.	4 1/2	104,00	b3	do. do. 1876	6	
annon.-Altenf. I.	4 1/2			do. do. 1877	6	
do. do. II.	4 1/2			do. do. 1878	6	
do. do. III.	4 1/2			do. do. Oblig.	5	92,80 b3
Ärtlich-Posener	4 1/2	102,30	B	Breit-Graino	5	87,50 b3
Tagd.-Palberstadt	4 1/2	101,75	b3	Charfom-Njom g.	5	94,30 b3
do. do. de 1865	4 1/2	101,75	b3	do. in Extr. a 20 g.	5	88,00 b3
						92,80 b3

do. do. de 1873	4	101,75	b <sub>3</sub> B	Chart.-Kremnitzch.	5	33,90	b <sub>3</sub> B
do. Leips. A.	4	102,80	B	Jeley-Drel, gar.	5	96,80	b <sub>3</sub> B
do. do. B.	4	99,40	b <sub>3</sub> B	Roslom-Woron. gar.	5	83,10	b <sub>3</sub> B
do. Wittenberge	4	101,40	b <sub>3</sub> B	Roslom-Woron. Ob.	5	94,25	b <sub>3</sub> B
do. do.	3	85,00	C	Kursf.-Chart.	5	84,50	b <sub>3</sub> B
neberischl.-Kurf. I.	4	99,70	C	R.-Chart.-Wf. (Dbl.)	5	99,00	b <sub>3</sub> B
do. II. a 62 $\frac{1}{2}$ thlr.	4	99,50	B	Kursf.-Kiem, gar.	5	81,50	b <sub>3</sub> B

do. Dbl. I. u. ll.	4	99,70	3	Sojomo-Sewast.	5	8	103,60	3
do. do. ll. com.	4	99,70	b3	Mosko-Kijan	5	5	95,90	b3
berchlejsche A.	4			Mosk.-Smolensk	5	5	94,40	b3
berchlejsche B.	3 $\frac{1}{2}$			Schuja-Iwanow	5	5	97,60	b3
do. C.	4			Warschau-Teresp.	5	5	97,60	b3
do. D.	4	99,60	3	do. Klem.	5	5	103,00	3
do. E.	3 $\frac{1}{2}$	91,80	3	Warschau-Wien II.	5	5	101,50	3

do.	F.	1 $\frac{1}{2}$	do.	III.	102,50	b <sub>3</sub> Ⓞ
do.	G.	4 $\frac{1}{2}$	do.	IV.	100,10	b <sub>3</sub> Ⓞ
do.	H.	4 $\frac{1}{2}$			78,50	b <sub>3</sub> Ⓞ
do.	v. 1869	1 $\frac{1}{2}$				
do.	v. 1873	4				